

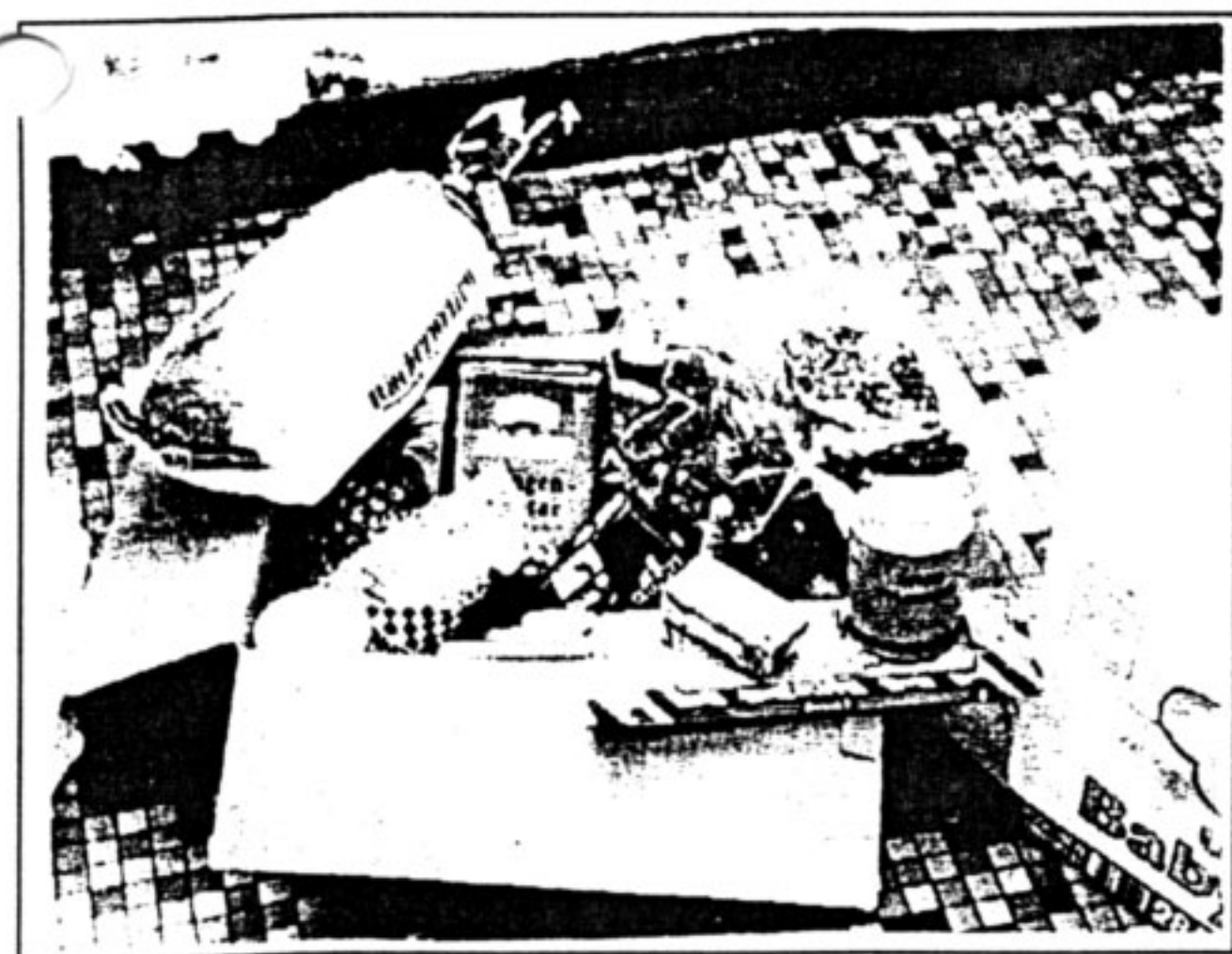
BARGELD STATT SACHLEISTUNGEN!!

Schluß mit der Diskriminierung!!

Wir wenden uns gegen die rassistische Diskriminierung von Flüchtlingen durch die Zwangsverpflegung mit Lebensmittelpaketen. Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge erhalten seit dem Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) am 1.11.93, kein Geld mehr für Lebensmittel. Sie werden mit Naturalien "versorgt". Das trifft auf alle Flüchtlinge zu, die in Sammelunterkünften leben und dem Land unterstehen.

Die Menschen, die in den Heimen Lebach, Völklingen, Homburg, St. Wendel, Wallerfangen, Saarbrücken u.a. leben, erhalten wöchentlich zweimal ein Paket. Diese Pakete sind für eine gesunde Ernährung völlig unzureichend, sie enthalten fast nur Konserven und Dauerlebensmittel, bei denen das Verfalldatum bisweilen überschritten ist.

Aber ungeachtet des Inhaltes sind solche Zuteilungen grundsätzlich eine diskriminierende, menschenunwürdige Maßnahme. Sie sind eine weitere Steigerung in der entwürdigenden Praxis der Unterbringung in Lagern. Jetzt dürfen die Menschen noch nicht einmal mehr frei bestimmen was sie essen wollen.



Bosnische Flüchtlinge, die in einem Heim in der Burbacher Langfuhrstraße leben, haben ab dem 3.5. über mehrere Wochen die Annahme dieser Lebensmittelpakete verweigert,

elf von ihnen machten sogar einen dreitägigen Hungerstreik.

Sie forderten den finanziellen Gegenwert der Pakete. Offiziell werden diese Pakete als Ersatz für die Sozialhilfe verteilt und dementsprechend sollte jedes Paket einen Warenwert von 30,- DM haben. Dem ist aber nicht so!!

In einem günstigen Geschäft ist der Inhalt eines solchen Paketes für ca. 17,- DM zu kaufen. Und wo bleiben die übrigen 13,- DM?

Der Differenzbetrag gelangt in die Hände eines Unternehmens in Nürnberg, das mit der Verpflegung der Flüchtlinge beauftragt wurde. Die Lebensmittel werden von diesem Unternehmen, bzw. seinen Ablegern hergestellt oder aufgekauft, verpackt und verladen und durch die Gegend gefahren, bis sie in den Heimen ankommen. Dieser riesige Apparat an Verwaltung und Aufwand will natürlich bezahlt sein. Und so werden aus den 30,- DM an zustehender Sozialhilfe für ein solches Paket die übriggebliebenen 17,- DM.

Die Flüchtlinge werden somit um einen beachtlichen Teil der ihnen zustehenden Leistungen beraubt.

Die Firma des bayrischen Unternehmers Weigl hat diese "Marktlücke", das "Geschäft mit den Flüchtlingen" frühzeitig erkannt und ist Hauptprofiteur der staatlichen Flüchtlingspolitik. Die Firma Weigl in Nürnberg hat mit mehreren Bundesländern, unter anderem auch mit dem Saarland, Verträge für die Belieferung der Flüchtlingsheime. Weigl läßt, um seinen Profit noch zu erhöhen, über seine Tochterfirma Meigo billig Obst- und Gemüsekonserven produzieren, die in den Paketen wiederzufinden sind. Meigo/Weigl verdient bundesweit auf Kosten von über 20.000 geflüchteten Menschen, die von ihm (laut Monitor-Bericht im März 94) zwangsverpflegt werden.

Diese Zwangsverpflegung ist Teil des Asylbewerberleistungsgesetzes. Die neue Asylgesetz-

gebung macht vielen flüchtenden Menschen nicht nur die Einreise in Länder der Europäischen Union so gut wie unmöglich, sondern hat auch ihre Lebensumstände hier umfassend verschlimmert. Die Flüchtlinge sind nicht nur ständigen faschistischen Bedrohungen und Angriffen ausgeliefert, sie bekommen auch den staatlichen Rassismus zu spüren, indem sie zu Menschen "zweiter Klasse" erklärt werden.

Sie erhalten nach diesem Gesetz z.B. nur 80% des sonst üblichen Sozialhilfesatzes, der eigentlich das Existenzminimum bedeutet. Und wie wir oben erklärt haben, gelangt über die Praxis der Beraubung durch Sachleistungen noch nicht einmal das zu ihnen.

Mit diesem Gesetz hat die Bundesregierung zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte eine ganze gesellschaftliche Gruppe, die der Flüchtlinge, aus dem "Existenzminimum" der Sozialhilfe ausgesondert.

Auch die Angriffe auf andere Bevölkerungsgruppen laufen bereits oder sind in der Planung. Der Bezug von Arbeitslosenhilfe soll auf

zwei Jahre befristet werden. Danach ist Sozialhilfe und Elend vorprogrammiert.

Es ist eine Binsenweisheit, daß sich die Staatskassen füllen sollen, indem bei denen eingespart wird, die sowieso am wenigsten haben. Aber das passiert nicht bei allen gleich und nicht zum gleichen Zeitpunkt. Salamtaktik, um die Menschen auch noch gegeneinander auszuspielen.

Das Sachleistungsprinzip, die Paketevergabe, soll den geflüchteten Menschen das Leben hier so unerträglich wie nur möglich zu machen. Und gleichzeitig sollen sich Unternehmen noch an ihnen bereichern!

Beides zusammen ist der einzig erkennbare Sinn für diese entwürdigende Praxis, denn gespart wird dabei keine einzige Mark vom Staat - was ja sonst immer für alle möglichen Maßnahmen als Argument herhalten soll!

Wir wollen bei dieser "gesellschaftlichen Umverteilung" bei der solche "Weigl/Meigos" mit Hilfe von Staat und Kommunen reicher und Arme immer ärmer werden nicht zusehen!!

Keine Eßpakete und Massenverpflegung!!

Bargeld statt Sachleistungen!!

Schluß mit der staatlichen Diskriminierungspolitik!!

Meigo/Weigl und alle anderen Profiteure:

Raus aus dem Geschäft mit geflüchteten Menschen!

Antifaschistische Telefonkette
Saarbrücken Innenstadt
6. August 1994

